



2001/34 Thema

<https://jungle.world/artikel/2001/34/diplomatische-intifada>

Diplomatische Intifada

Von **Arne Behrensen**

Die Mehrheit der teilnehmenden Staaten und NGOs will aus der UN-Konferenz gegen Rassismus in Durban einen antizionistischen Weltkongress machen.

Mehr als 10 000 Vertreter von Regierungen, der Uno und allerlei NGOs werden erwartet. Vom 31. August bis zum 7. September findet in Durban die dritte UN-Weltkonferenz gegen Rassismus statt.

Die Mehrheit der Regierungen und die NGO-Community haben sich als Hauptfeind Israel auserkoren. Nach jahrelangen Vorbereitungen einigte sich eine Gruppe von 21 Staaten unter dem Vorsitz Südafrikas Anfang Juli auf einen gemeinsamen Entwurf für die Abschlusserklärung. Spätestens dieser am 5. Juli veröffentlichte Entwurf machte klar, dass die Konferenz zu einem Fanal gegen Israel werden soll (Jungle World, 33/01). Die den Holocaust relativierenden und antisemitischen Formulierungen wie der Vorwurf, dass der Zionismus »auf rassistischer Überlegenheit basiert«, stehen in Klammern, d.h. sie sind nicht Konsens. Doch Israel ist der einzige Staat, der auf Betreiben der arabischen Staaten und mit breiter Unterstützung aus der so genannten Dritten Welt in Durban öffentlich verurteilt werden soll. Damit erreicht der traditionell in der Uno dominierende antisemitische Antizionismus vor dem Hintergrund der so genannten Al-Aqsa-Intifada einen neuen Höhepunkt.

Die antiisraelischen Positionen der Uno gehen auf die fünfziger Jahre zurück. Damals suchte die Sowjetunion das Bündnis mit den arabischen Staaten und schwenkte auf einen aggressiv-antizionistischen Kurs um. Israel verbündete sich mit den USA, um den Bestand des jüdischen Staates und das Überleben seiner Bürger zu gewährleisten. Die eher anti-amerikanischen als antiimperialistischen nationalen Befreiungsbewegungen sahen deswegen im Kampf gegen Israel ein gemeinsames Ziel. Eine Zwei-Drittel-Mehrheit verurteilte 1975 in der UN-Generalversammlung schließlich den Zionismus »als eine Form des Rassismus«.

Nach der Aufnahme von Verhandlungen zwischen Israel und der PLO schien sich der strukturelle Antisemitismus in der Uno abzuschwächen. 1991 hob die Generalversammlung die Resolution von 1975 auf. Auf das Scheitern des Friedenprozesses in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre folgten jedoch wieder einseitige Verurteilungen durch Uno-Institutionen. Weil die antisemitische Formel Zionismus gleich Rassismus in der Durban-Vorbereitung wieder debattiert wurde, kündigte die US-Regierung Anfang August an, ihre Teilnahme an der Konferenz zu überdenken.

Die USA haben jedoch noch ein anderes Problem mit Durban: Afroamerikanische Organisationen und afrikanische Staaten fordern eine deutliche Entschuldigung für den Sklavenhandel und die Sklaverei oder gar - angeregt vom Vorbild der NS-Zwangsarbeiterentschädigung - Reparationszahlungen. Da das eine teure Angelegenheit werden könnte, wollen sowohl die USA als auch die EU eine Debatte darüber unbedingt vermeiden. Stattdessen soll die Konferenz allein den aktuellen Rassismus und erzieherische Gegenmaßnahmen thematisieren. Staaten der so genannten Dritten Welt und NGOs dagegen fordern, Rassismus in einer historischen Perspektive zu diskutieren. Dass nicht zuletzt Sklaverei und Kolonialismus die Ursachen der ungleichen Verteilung des Reichtums in der Welt waren, soll nicht ausgeklammert werden. Die gleichen Staaten und Organisationen orten meist den Rassismus und Kolonialismus heute jedoch vorrangig in Israel.

Während bei der Frage der Sklaverei eine diplomatische Kompromisserklärung in Sicht ist, die nach Auskunft des stellvertretenden südafrikanischen Außenministers Siphosiso Pityana »einer Entschuldigung nahe kommt«, eine finanzielle Haftung der Europäer und der USA aber ausschließt, gibt es beim Thema Zionismus zum Glück keine Zugeständnisse der USA. Verantwortlich für die Ausrichtung der Konferenz ist die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson. Sie hat sich zwar wiederholt gegen eine Rückkehr zur Zionismus gleich Rassismus-Formel ausgesprochen, unterbreitete sie einen Kompromissvorschlag, der fordert, die palästinensischen Beschwerden anzuerkennen, die Sicherheitsbedürfnisse Israels aber werden nicht anerkannt.

Nur von wenigen wird in Frage gestellt, dass der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern überhaupt auf einer Konferenz gegen Rassismus verhandelt werden soll. Und als rassistisch denunziert wird immer nur eine Konfliktpartei: Israel. Pityana verkündete nach der Genfer Vorbereitungskonferenz, dass einer Einigung nichts mehr im Wege stehe, da die Gleichsetzung von Zionismus und Rassismus zurückgenommen wurde. Tatsächlich ist das jedoch nur ein propagandistischer Schachzug im Rahmen der traditionellen ANC-PLO-Solidarität, um den USA und Israel Kompromisslosigkeit vorzuwerfen und antisemitische Positionen unter einem anderen Label durchzusetzen.

Denn die Islamische Konferenz mit ihren 57 Mitgliedsstaaten hatte ein Papier eingebracht, in dem der Begriff Zionismus nicht mehr vorkommt. Stattdessen ist von »rassistischen Praktiken der Besatzungsmacht« Israel die Rede. Die den Holocaust relativierenden und antizionistisch-antisemitischen Formulierungen blieben jedoch erhalten. Die USA und Israel haben das Papier zurückgewiesen und werden noch entscheiden, ob sie in Durban teilnehmen. Die EU-Staaten teilen zwar offiziell die Kritik an der Verurteilung Israels, Belgien als EU-Vertreter trat allerdings sehr zurückhaltend auf und die Teilnahme der EU-Staaten steht nicht zur Debatte.

Der seit einiger Zeit bei UN-Konferenzen unvermeidliche parallele NGO-Gipfel wird vor der Staatenkonferenz stattfinden. Im letzten Entwurf einer gemeinsamen Abschlusserklärung der internationalen NGO-Community sind die antisemitisch-antizionistischen Attacken noch heftiger als bei dem Entwurf der Staaten (siehe Seite 7). Eine Presseerklärung des Simon Wiesenthal Centers erklärte zurecht, dass dieser Entwurf »die Zerstörung des jüdischen Staates« fordert. Den 1. September, den Gedenktag für den von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkrieg, wollen die NGOs zum »Internationalen Solidaritätstag für das palästinensische Volk« umwidmen.

In Südafrika mobilisieren bereits Organisationen vom ANC bis zur South African NGO Coalition, die den Gipfel ausrichtet, für den 1. September. Bei der Demonstration, die ein Sprecher der South African NGO Coalition als »die Mutter aller Märsche« bezeichnete, soll gegen »Rassismus, Zionismus und Xenophobie« protestiert werden. Am letzten Donnerstag griffen der Congress of South African Trade Unions, die South African Communist Party und die South African National Civics Organisation in einem Memorandum die US-Regierung wegen ihres möglichen Boykotts der Konferenz scharf an: »Der Kampf gegen zionistischen Rassismus und eine wirksame Behandlung der Reparationsfrage sind Teil des Kampfes der armen und arbeitenden Menschen überall auf der Welt gegen kapitalistische Globalisierung«. Bei der Übergabe des Schreibens demonstrierten 3 000 Menschen vor der US-Botschaft in Pretoria gegen die »israelische Apartheid«.

Unter den NGOs gibt es kaum öffentlichen Widerspruch gegen die radikale Israelfeindschaft. Deutschen NGOs wie dem Forum Menschenrechte, einem Zusammenschluss von 40 deutschen Organisationen, darunter amnesty international, Pro Asyl, der DGB und die Caritas, sind die NGO-Textentwürfe zwar eher peinlich, doch sie üben sich wie die deutsche Presse, die Bundesregierung und die EU-Staaten in vornehmer Zurückhaltung. Öffentlicher Protest bleibt auch diesmal jüdischen, vor allem amerikanisch-jüdischen Organisationen vorbehalten. Teilweise rufen sie, wie die Anti-Defamation League, nun die US-Regierung zum Boykott der Konferenz auf, was sich als das einzige wirkungsvolle Druckmittel erwiesen hat.

Dabei stecken sie in dem Dilemma, jenes antisemitische Rezeptionsmuster zu bedienen, das in den USA eine von Juden dominierte Macht sieht. Der Sprecher der jüdischen NGOs bei der Weltkonferenz, Shimon Samuels vom Simon Wiesenthal Center, ruft die jüdischen NGOs deswegen auf, in Durban die »diplomatische Intifada« zu bekämpfen. Das Bemühen dürfte vergeblich sein. Die Erfolglosigkeit jüdischer Aufklärungsversuche gegen den Antisemitismus war eine der zentralen Ursachen für das Entstehen der zionistischen Bewegung. Nun erweist sich einmal mehr, dass die Staatsbildung Israels antisemitische Stereotypen nicht, wie seine Gründer hofften, aufgehoben, sondern nur transformiert hat.